

Mündlicher Bericht

**des Ausschusses für
Fragen der öffentlichen Fürsorge
(31. Ausschuß)**

**über den Antrag der Fraktion der SPD
zur Interpellation betr. Winterbeihilfe
- Nr. 2724 der Drucksachen -**

Berichterstatter:

Abgeordneter Junglas

Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, die in ihren Rundschreiben vom 9. und 29. Oktober 1951 als verrechnungsfähig anerkannte Weihnachtsbeihilfe für Empfänger von Arbeitslosenfürsorgeunterstützung auf 25 DM für den Haushaltsvorstand und für den Alleinstehenden und auf 10 DM für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen zu erhöhen; die hiernach zu gewährenden Mehrbeträge sind jedoch im Falle der Gewährung einer Winterbeihilfe auf diese anzurechnen.

Bonn, den 15. November 1951

**Der Ausschuß für Fragen der
öffentlichen Fürsorge**

Wessel

Vorsitzende

Junglas

Berichterstatter